

RECHTE

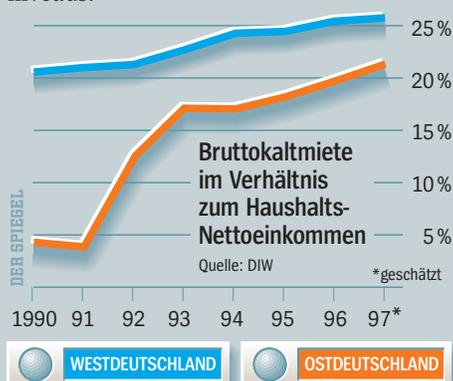
Stimme vom Stammtisch

Der hessische Landtagsabgeordnete Heiner Kappel, FDP-Mitglied und Wortführer der Liberalen Offensive, plant eine rechte „Sammelbewegung, die in der Lage ist, bei der nächsten Bundestagswahl über die Fünf-Prozent-Hürde zu kommen“. Mitstreiter sieht Kappel unter anderem im Bund freier Bürger, in der DSU und „in Teilen von FDP, CDU und CSU“. Als Plattform nutzt Kappel einen neuen Zusammenschluß konservativer Publizisten und Wissenschaftler, der sich „Stimme der Mehrheit“ nennt. Zu den Gründungsmitgliedern der Vereinigung gehören der Kölner Soziologieprofessor Erwin K. Scheuch (Präsidiumsmitglied), der ehemalige KONKRET-Chef Klaus Rainer Röhl (Protokollführer) und die Frankfurter CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach. Die „Stimme der Mehrheit“ wendet sich unter anderem gegen den „epidemischen Sozial- und Asylmißbrauch“ und den weiteren Zuzug von Ausländern. Im Populismus sieht die national gesinnte Vereinigung nichts Abschreckendes: „Viele unserer Politiker täte es gut, sich einmal wieder an einen Stammtisch zu setzen.“

MIETEN

Teurer Wohnen

Der Trend zu steigenden Mieten in Ost- und Westdeutschland blieb im vergangenen Jahr ungebrochen. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung haben westdeutsche Haushalte 1996 ein Viertel ihres Nettoeinkommens für Wohnen ausgegeben, ostdeutsche knapp ein Fünftel – Kosten für Warmwasser und Heizung nicht eingerechnet. Damit liegt die Teuerungsrate im alten Bundesgebiet seit 1993 im Schnitt bei jährlich fünf, in den neuen Ländern in den vergangenen drei Jahren bei rund zwölf Prozent. Im Osten erreicht die Bruttokaltmiete pro Quadratmeter mit durchschnittlich 8,63 Mark jetzt 82 Prozent des Westniveaus.



Steinkohleförderung in Nordrhein-Westfalen

M. WOLF / VISUM

KOHLESUBVENTIONEN

Machtwort vom Kanzler

Helmut Kohl hat am Freitag vergangener Woche im koalitionsinternen Streit um die Subventionierung der deutschen Steinkohle ein Machtwort gesprochen. Bei der „Elefantenrunde“ der Partei- und Fraktionsvorsitzenden von Union und FDP am vergangenen Dienstag hatten die Liberalen darauf bestanden, die Kohleregelung gemeinsam mit der angekündigten Novelle zur atomaren Entsorgung und zur künftigen Rolle der Kernenergie in einem Artikelgesetz zusammenzufassen. Auf die-

se Weise wollten die Liberalen den Sozialdemokraten, die an der Förderung der nordrhein-westfälischen und saarländischen Steinkohle interessiert sind, Zugeständnisse bei der Genehmigung neuartiger Atomreaktoren abpressen. Nach der Kabinettsitzung am Freitag entschied der Bundeskanzler in kleiner Runde mit Wirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP), daß beide Gesetze am kommenden Mittwoch getrennt auf den Weg gebracht werden sollen.

NS-UNRECHT

Opfer fordern Milliarden

Amerikanische Holocaust-Opfer wollen weitere 15 europäische Versicherungen auf Schadensersatz in Milliardenhöhe verklagen. Bereits im April hatten neun Holocaust-Überlebende unter anderem gegen Branchenführer Allianz und die Bayerische Rück einen Prozeß angestrengt. Nun müssen auch die deutschen Unternehmen Victoria, Gerling, Nordstern, Mannheim, Vereinte Versicherung und der Deutsche Ring mit einem Verfahren rechnen.

Die jüdischen NS-Opfer – oder deren Nachkommen – werfen den Firmen vor, Gelder aus Lebensversicherungen und Sparverträgen der zwanziger und dreißiger Jahre bis heute zurückzuhalten. Die Anwälte der Kläger schätzen, daß es mindestens 10 000 vergleichbare Fälle gibt, und fordern umgerechnet 1,7 Milliarden Mark pro Unternehmen Schadensersatz, zuzüglich Anwaltskosten.

Die Höhe der Summe beruht auf dem amerikanischen „class-action“-Verfahren. Danach wird ein Hauptprozeß mit wenigen Klägern geführt; ähnliche Fälle werden anschließend in Schnellverfahren entschieden.

Ob die „class-action“-Variante auch gegen die nichtamerikanischen Unternehmen angewendet werden darf, ist allerdings umstritten. Falls nicht, müßten die Kläger einzeln vor Gericht ziehen.



Victoria-Versicherung (in Berlin, 1905)

BPK